

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	<b>7</b>
<b>1. Die Asymmetrie in den klassischen Theorien zur Europäischen Integration</b>	<b>10</b>
<b>2. Der Neogramscianismus</b>	<b>14</b>
2.1. Das Hegemoniekonzept von Antonio Gramsci	17
2.2. Die Strukturelle Überakkumulation	24
2.3. Der Neue Konstitutionalismus	28
<b>3. Die Europäische Integration</b>	<b>30</b>
3.1. Hegemonie in der EU	31
3.2. Die neue europäische Ökonomie	37
3.3. Die europäische Depolitisierung	79
<b>4. Paradigmenwechsel in Europa?</b>	<b>86</b>
<b>5. Die wirtschaftspolitische Asymmetrie aus neogramscianischer Sicht</b>	<b>94</b>
<b>6. Fazit</b>	<b>96</b>
<b>7. Schlussbemerkungen zum europäischen Selbstverständnis</b>	<b>97</b>
<b>Literatur</b>	<b>101</b>



# Einleitung

Die Europäische Union ist ein ungewöhnliches politisches Gebilde. Mit ihren vielen Ebenen und Akteuren lässt sie viel Raum für Interpretationen und Perspektiven, aber auch für Ratlosigkeit. Und so gehen die Einschätzungen, was dieses politische Wesen eigentlich ausmacht, weit auseinander.

Einigen erscheint sie als ein politisch hoch ambitioniertes Projekt, das gerade in der symbolträchtigen Überwindung von nationalen Grenzen seine Modernität und politische Reife zeige. Mit dem europäischen Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung sei die wirtschaftspolitische Integration schneller und stärker vertieft worden, als es sich selbst die Vordenker der europäischen Idee in der 1950er Jahren vorgestellt hätten. Die damit verbundenen Freiheiten bekräftigten die Vision eines geeinten oder zumindest immer enger zusammenwachsenden Europas. Zwar verhinderten nationale Egoismen eine stärkere Verbindung, aber eigentlich sei Europa auf einem Weg zu einer immer engeren Verflechtung.

Und auf der anderen Seite gibt es nicht wenige Europäer, die mit der EU vor allem Deregulierung und Flexibilisierung assoziieren. Wettbewerb und Konkurrenzkampf seien die eigentlichen

europäischen Merkmale und die Integration führe vor allem zu Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg.

Nur in einer Einschätzung sind sich alle Europäer einig: Die Idee von einem sozialen Europa scheint heute weiter entfernt denn je.

Eine Kluft ist entstanden zwischen der starken wirtschaftlichen Integration einerseits und dem sozialen Schutz auf der anderen Seite. Fritz W. Scharpf bezeichnet dieses Gerüst als »konstitutionelle Asymmetrie« (Scharpf 1999: 110).

Die Ursache liegt in der Institutionalisierung der wirtschaftspolitischen Bereiche. Einige Kompetenzen wurden von den Nationalstaaten nach Europa abgegeben, aber nicht alle. Für Wettbewerbs- und Währungsfragen ist die EU zuständig, aber sowohl in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik als auch in der Lohnpolitik wird weiter auf nationaler Ebene entschieden.

Die Gründe für die wirtschaftspolitische Asymmetrie werden in den Politikwissenschaften kaum thematisiert. Stattdessen ergeben sich aus den klassischen Theorien zur europäischen Integration – Intergouvernementalismus, Neofunktionalismus und auch der Mehrebenenansatz – nur indirekt Erklärungen, die einander widersprechen. Die Ökonomie taucht in diesen Ansätzen kaum auf, ist bestenfalls Randerscheinung, aber nie Motiv oder treibende Kraft.

Daher wird in diesem Buch ein anderer Weg eingeschlagen und eine marxistische Perspektive eröffnet, die den institutionellen Wandel in einen Zusammenhang mit der globalen kapitalistischen Entwicklung stellt. Die Gründe und Hintergründe der wirtschaftspolitischen Asymmetrie werden aus einer Klassenperspektive analysiert. Als Grundlage dient der politikwissenschaftliche Ansatz des Neogramscianismus, in Anlehnung an Antonio Gramsci (1891-1937). Aus diesem Blickwinkel lässt sich die ungleiche Koordinierung plausibel erklären und ergibt einen Sinn. In den sozialen Kämpfen liegt das Schlüsselargument zur Begründung der wirtschaftspolitischen Asymmetrie in Europa.

Im ersten Teil dieses Buches werden die Ideen der neogramscianischen Forschung dargestellt. Ihr zentrales Thema ist der globa-

le neoliberale Umbau von Staaten in den letzten drei Jahrzehnten. Dabei rücken sie gerade das Zusammenspiel von Ökonomie und Politik in den Mittelpunkt ihrer Forschung und stützen sich dabei auf die Hegemonietheorie von Antonio Gramsci.

Vor diesem Hintergrund wird die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa analysiert. Zunächst wird ein historischer Bogen geschlagen, der die Entstehung der institutionellen Architektur mit der globalen ökonomischen Entwicklung verbindet. Als Meilensteine in diesem Prozess gelten die beiden großen europäischen Projekte des gemeinsamen Marktes und der Währungsunion, die eine neue Ära in der europäischen Integrationsgeschichte einleiteten.

Den Schwerpunkt der Analyse bildet die Funktionsweise der »Neuen europäischen Ökonomie« (Bieling/Deppe 2003a). Konkret: Wie verhalten sich die zentralen volkswirtschaftlichen Größen Lohn, Wechselkurs und Zins in dem europäischen Kompetenzgeflecht? Im Sinne einer Klassenperspektive werden dabei stets die Auswirkungen der institutionellen Strukturen auf das gesellschaftliche Kräfteverhältnis fokussiert.

Die neoliberalen staatlichen Transformationsprozesse durch institutionellen Wandel – global und europäisch – sind ein Prozess. Dieser geriet mit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ins Stocken. Auch in der EU forderte die Krise politische Reaktionen und zugleich sprengten die Anforderungen der Krise die wirtschaftspolitischen Verfahren und Institutionen. Das Buch schließt daher mit Überlegungen, warum das europäische Krisenmanagement in der asymmetrischen Konstruktion scheitern musste und dennoch die wirtschaftspolitische Struktur fester verankert scheint als zuvor.